

Aktivitäten nationalistischer türkischer Organisationen

2007

1 SITUATION IN DER TÜRKEI

Seit Herbst 2007 hat sich der Konflikt zwischen der türkischen Regierung und den von der „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) im Nordirak unterhaltenen Guerillaeinheiten, den „Volksverteidigungskräften“ (HPG) verschärft. Verstärkt war es zwischen den HPG und der türkischen Armee im Grenzgebiet zum Irak zu blutigen Auseinandersetzungen gekommen. Daraufhin hatte das türkische Parlament der Regierung in Ankara am 17. Oktober die Erlaubnis für grenzüberschreitende Militäreinsätze gegen die Guerillaeinheiten der PKK bzw. des „Volkskongresses Kurdistans“ (KONGRA-GEL) im Nordirak erteilt. Das Mandat wurde zunächst auf ein Jahr befristet.

Dem Vernehmen nach bedeutet die Zustimmung des Parlaments nicht, dass eine militärische Intervention unmittelbar bevorsteht. Ministerpräsident Erdoğan habe vielmehr erklärt, er hoffe, keinen Gebrauch von der Ermächtigung machen zu müssen.¹ Darüber hinaus habe auch der irakische Vizepräsident Tarik Al-Hashimi nach Gesprächen in Ankara erklärt, seine „Ziele“ erreicht zu haben. Dies wird in den Medien so interpretiert, dass Ankara vor einem eigenen militärischen Vorgehen Maßnahmen des Iraks gegen die PKK-Guerilla abwarten dürfte.

In einem Interview hat ein Mitglied des Exekutivrates der von der PKK zur Umsetzung des von Abdullah Öcalan deklarierten „Demokratischen Konföderalismus“ ins Leben gerufenen „Koma Civaken Kurdistan“ (KCK) seine Bereitschaft zum Kampf angekündigt.² Niemand solle erwarten, dass sich das kurdische Volk ergebe. Die Guerilla sei vorbereitet und werde ihr Recht auf „Selbstverteidigung“ umfassend wahrnehmen. Mit den Drohungen der türkischen Regierung solle die PKK verunglimpft, das kurdische Volk verleugnet und ihr Führer zum Schweigen gebracht werden.

Vor dem Hintergrund dieser Ereignisse in der Türkei kam es in der Folgezeit europaweit zu demonstrativen Aktionen „prokurdischen“ und „protürkischen“ Charakters. Bei einigen dieser Veranstaltungen waren Ausschreitungen zu verzeichnen.

2 NATIONALISTISCHE TÜRKISCHE ORGANISATIONEN

Bei den im Bundesgebiet durchgeführten „protürkischen“ Veranstaltungen vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Entwicklungen in der Türkei fielen Anhänger der nationalistischen türkischen Organisation „Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa e. V.“ (ADÜTDF) wiederholt durch das Zeigen ihrer Embleme bzw. Zeichen auf (Abbildung des Wolfes, spezifisches Handzeichen).

Die 1978 gegründete ADÜTDF – nahezu seit ihrer Gründung öffentlich auch als „Türkische Föderation“ („Türk Federasyon“) in Erscheinung getreten – verfügt in Deutschland gegenwärtig über etwa 7 500 Mitglieder. Sie unterstützt als europäischer Dachverband die politischen Ziele der türkischen „Partei der Nationalistischen Bewegung“ (MHP).

¹ Vgl. www.focus-online.de vom 17.10.2007.

² Vgl. „Yeni Özgür Politika“ vom 17.10.2007.

Die MHP ist mit keiner deutschen Partei zu vergleichen. Sie vertritt eine extrem-nationalistische und antikommunistische Politik mit laizistischem Akzent und vertritt die Ideologie einer „türkisch-islamischen Synthese“ für die Errichtung einer „Groß-Türkei“, wobei man an eine Vereinigung aller Turkvölker denkt. Der Gründer der Partei, der im Jahr 1997 verstorbene Oberst a. D. Alparslan Türkeş galt als überzeugter Anhänger der NATO. Seine Partei schaffte wiederholt den Einzug in das türkische Parlament. Seit den letzten Wahlen 2007 in der Türkei ist sie unter dem derzeitigen Vorsitzenden Devlet Bahçeli mit 71 Abgeordneten im türkischen Parlament vertreten. Ob die MHP mit ihrer Jugendorganisation „Idealistische Jugend“ („Ülkücü Gençler“) in der Türkei für die wachsenden Gewalttätigkeiten verantwortlich gemacht werden kann, ist fraglich. Dass die MHP in der Türkei Hauptträger des Terrors sei und ihre Jugendorganisation als militärisch gedriete Schlägertruppe einsetze, wie es insbesondere in den linksextremistischen Publikationen behauptet wird, muss mit äußerster Vorsicht aufgenommen werden.

Die ehemaligen innerparteilichen Gegner Türkeş formierten sich 1993 unter der Führung von Muhsin Yazıcıoğlu zur „Partei der Großen Einheit“ (BBP). Die BBP ist ebenfalls extrem-nationalistisch einzuschätzen, allerdings überwiegt bei ihr die islamische Komponente.

3 BERLINER STRUKTUREN

Bis zur Spaltung der MHP in der Türkei war in Berlin der Verein „Großer Idealer Kreis – Türkischer Kulturverein Berlin e. V.“ (BÜD) das wesentliche Sammelbecken der hier lebenden extrem-nationalistischen Türken. Er war bis zu diesem Zeitpunkt auch Mitglied der ADÜTDF. Die Spaltung der MHP wurde 1993 auch in Berlin durch die Spaltung der Anhängerschaft des BÜD nachvollzogen. Die hiesigen Anhänger Türkeş gründeten die heutige „Türkische Idealistengemeinschaft in Berlin“ (TÜB), die sich folgerichtig dem Dachverband ADÜTDF anschloss. Der nicht mehr zur ADÜTDF gehörende BÜD vertritt seitdem unter dem Namen „Idealer Kreis der neuen Weltordnung – Türkischer Kulturverein e. V.“ („Nizam-ı Alem Ülkü Ocağı“) die Ziele der von der MHP abgespaltenen „Partei der Großen Einheit“ (BBP). Aktive Mitgliedsvereine der ADÜTDF in Berlin gibt es im Wedding, in Spandau und in Kreuzberg.

Der als Veranstalter der am 28. Oktober 2007 durchgeführten Kundgebung in Erscheinung getretene Verein „Berlin Mehter Takımı“³ (sinngemäß: „Verein Janitscharenkapelle in Berlin“) hat seinen Sitz in Neukölln.

Der Berliner Gliederung der ADÜTDF werden schätzungsweise 300 Personen zugerechnet; für Großveranstaltungen konnte in der Vergangenheit ein Mehrfaches dieses Anhängerpotentials mobilisiert werden.

³ In einer 1998 angefallenen Broschüre der ADÜTDF war der Verein als eine an die TÜB angegliederte Gruppe aufgeführt worden.

4 STELLUNGNAHMEN ZU DEN AKTUELLEN EREIGNISSEN

Die „Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa e. V.“ (ADÜTDF) mit Sitz in Frankfurt am Main gilt als Sammelbecken der türkischen Nationalisten. Am 6. November 2007 hat sie auf ihrer Homepage⁴ eine Erklärung zu diesem Thema veröffentlicht. In dieser Erklärung richtete die ADÜTDF an Landsleute und Angehörige der Föderation den Aufruf, Besonnenheit zu wahren und sich von Provokationen fernzuhalten. Alle Mitgliedsvereine seien aufgerufen, ihre Mitglieder dahingehend zu warnen, an provokationsträchtigen Veranstaltungen nicht teilzunehmen.

In einer Erklärung vom 3. November 2007 gegenüber der Zeitschrift „Aktüel Dergi“ gibt der Vorsitzende der ADÜTDF, Şentürk Doğruyol, mit Bezug auf die Ereignisse in Berlin an, dass die jugendlichen Verursacher der Ausschreitungen „keine Beziehungen zu uns“ hätten: „Einige Leute verwenden, ohne uns zu fragen und ohne unser Wissen, unsere Symbole“. Dabei richtet Doğruyol an die Organisatoren der Demonstrationen die Forderung, die Verantwortung für ihre Veranstaltungen zu tragen und die Verwendung dieser Symbole nicht zuzulassen.

Angesichts der jüngsten Ereignisse rief am 31. Oktober 2007 auch die europaweite Dachorganisation der an der BBP orientierten Vereine, „Europäische Türkische Union“ („Avrupa Türk Birliği“ – ATB), die Türken in Westeuropa auf, Ruhe und Besonnenheit zu wahren. Die gegenwärtige Lage sei kein Grund zur Sorge; das türkische Volk sei stark genug, um mit dieser Situation fertig zu werden. Insbesondere solle man in den Ländern, in denen man lebt, keinerlei gesetzeswidrige Bestrebungen oder Demonstrationen an den Tag legen.⁵

5 BEWERTUNG

Zwischenzeitlich ist eine Lageberuhigung eingetreten. So waren für den 17. November 2007 bundesweit insgesamt acht Versammlungen unter freiem Himmel angemeldet worden, von denen fünf eindeutig als „prokurdisch“ und zwei als „protürkisch“ einzustufen waren. Diese Veranstaltungen verliefen jeweils friedlich. Es ist festzustellen, dass die Teilnehmerzahl deutlich unter den Erwartungen der Anmelder blieb. Insgesamt konnten bundesweit für „prokurdische“ Veranstaltungen etwa 2 000 Personen mobilisiert werden. Auf „protürkischer“ Seite waren lediglich etwa 580 Teilnehmer zu verzeichnen. Diesem Trend entspricht allerdings eine Demonstration „gegen den PKK-Terror“ am 24. November 2007 in Karlsruhe nicht, an der sich nach Angaben des Veranstalters etwa 2 500 Personen beteiligt haben sollen.

Die Handlungsweise der Anhänger der PKK im europäischen Raum, somit auch in Berlin, spiegelt die Verhältnisse in der Türkei in der Auseinandersetzung der PKK gegen den türkischen Staat wider. Ungeachtet der von der Organisation seit Jahren praktizierten Strategie, gewaltorientierte Handlungen im Kampf gegen den türkischen Staat auf das türkische Territorium zu beschränken und in Europa eher mit friedlichen Aktionen auf ihre Belange aufmerksam zu machen, kam es in der Vergangenheit auch auf europäischem Boden wiederholt zu Gewalthandlungen. Einzelne Gruppen, vor allem Angehörige der Jugendorganisation KOMALEN CIWAN reagieren auf „Provokationen“ im Alltag – dazu zählen beispielsweise

⁴ <http://www.turkfederasyon.com>.

⁵ Vgl. www.atb-europa.com.

Exekutivmaßnahmen in Europa oder in Deutschland, aber auch aktuelle Ereignisse in der Türkei – mit Straftaten bis hin zu Anschlägen (z. B. Brandanschläge, Anzünden von Autoreifen).

Auf aktuelle politische Entwicklungen in der Türkei kann die PKK auch im Ausland äußerst zeitnah reagieren. Die Erfahrung zeigt, dass es möglich ist, binnen weniger Stunden deutschlandweit Anhänger zu mobilisieren. Sollten die Operationen der türkischen Armee so massiv und mit dem Ziel geführt werden, die Organisation in der Türkei in zentralen Bereichen handlungsunfähig zu machen („Vernichtungsschlag“), wäre eine breitflächige Rückkehr zur Militanz auch in Europa durchaus denkbar.

Bei jugendlichen Anhängern der PKK soll mittlerweile eine abwartende Haltung vorherrschen. Man wolle weiteres Vorgehen von den Ereignissen in der Türkei abhängig machen.

Die Führung der ADÜTDF wirkt mäßigend auf ihre Anhängerschaft ein und ruft gerade auch im Hinblick auf die Gewaltanwendung zur Zurückhaltung auf. Es bestehen jedoch Anhaltspunkte für eine latent vorhandene Konfrontations- und Gewaltbereitschaft zumindest einzelner Mitglieder gegenüber Anhängern der PKK und türkischen Linksextremisten. Es ist zweifelhaft, ob eine umfassende Kontrolle der Anhängerschaft tatsächlich gewährleistet ist.

Zumindest seit den 80er Jahren bieten die Anhänger der ADÜTDF ein moderates Erscheinungsbild und sind in Berlin nicht mit Gewalthandlungen mit politischem Hintergrund in Erscheinung getreten. Auch in der jüngsten Vergangenheit sind sie zu verschiedenen Anlässen (z. B. dem Tag der Souveränität und des Kindes am 23. April, dem jährlich stattfindenden so genannten „Türkentag“ oder der Großdemonstration „Talat Paşa“ im März 2006) offensiv aufgetreten und machten aus ihrer Verbundenheit mit der MHP keinen Hehl. So führten sie Fahnen der MHP mit, suchten jedoch nicht die Konfrontation mit dem politischen Gegner.

Die Konfliktlage in Deutschland ist ein Spiegelbild der Ereignisse und der politischen Lage in der Türkei. Somit hat auch die emotionale Lage ihren Ursprung in erster Linie im Länderdreieck Türkei, Irak und Iran. Aus diesem Grund ist das Ausmaß der Reaktionen auf europäischem Boden schwer vorhersehbar und kalkulierbar.

Impressum:

Senatsverwaltung für Inneres und Sport
Abteilung Verfassungsschutz
Postfach 62 05 60 10795 Berlin
Tel.: (030) 90 129-0

Die Analyse ist auch über das Internet
abrufbar unter:
<http://www.verfassungsschutz-berlin.de>
E-Mail: info@verfassungsschutz-berlin.de